

# FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft



## **Gut leben bei kürzerer Arbeitszeit**

- Welche Rolle spielt das Geld?
- Florierende Wirtschaft statt Massenarbeitslosigkeit
- Reformen, die keine sind
- Wasser, Luft und Land für alle!

# Liebe Leserinnen und Leser,

hat die Titelseite Sie angesprochen und neugierig gemacht? FAIRCONOMY, eine gerechte Wirtschaft, die ein besseres Leben ermöglicht - das klingt gut, doch ist es auch realistisch? "Wirtschaft" und "gerecht", passt das überhaupt zusammen?



Seit jeher haben Menschen viel Nachdenken darauf verwendet, wie sie die Arbeit von dem Fluch "Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen" befreien könnten. Immer tollere Erfindungen

haben uns das Leben erleichtert. Von Anfang an gab es aber auch Menschen, die es verstanden, die Last der Arbeit auf andere abzuwälzen oder andere für ihre Zwecke einzuspannen. Ob das nun einfach durch ideologische Beeinflussung geschah oder durch ein System wirtschaftlicher Ausbeutung oder durch die Verquickung von beidem - das Ergebnis belastet uns heute mehr denn je.

Wie kommt es, dass auf der Welt immer mehr Güter produziert werden und die großen Vermögen einiger weniger ins Unermessliche wachsen und gleichzeitig die Armut in der Welt - auch in unserem Land - immer mehr zunimmt?

Auf den nächsten Seiten gehen wir auf diese Frage ein und zeigen, dass ein besseres Leben möglich ist. Nicht von ungefähr steht dabei das Geld im Vordergrund,

denn ganz offensichtlich bestimmt es unser Leben. Geld verdienen, Geld besitzen - das steht oft im Mittelpunkt. Inzwischen nehmen uns Maschinen die meiste körperlich anstrengende Arbeit ab. Da könnten wir doch auch mit weniger Arbeit genug Geld zum Leben verdienen? Wenn das nicht der Fall ist, wo landet dann das viele Geld, das die Beschäftigten mit Händen, Köpfen und Maschinen erarbeiten?

Wir wollen, dass Geld nicht länger unser Leben bestimmt. Was dazu verändert werden müsste und wie dies friedlich geschehen könnte, versuchen wir in diesem Heft ansatzweise darzustellen. Sie werden wichtige Hinweise auf Zusammenhänge und Ursachen finden und manches ist bestimmt auch völlig neu für Sie.

Natürlich können wir auf den wenigen Seiten nicht auf alle Probleme eingehen und sämtliche Fragen beantworten. Daher unsere Bitte: Nehmen Sie das Angebot der INWO wahr, setzen Sie sich mit uns in Verbindung. Wir machen nicht nur Worte, sondern sind auch an vielen Orten aktiv. Informieren Sie sich und geben Sie diese Sonderausgabe unserer Zeitschrift weiter! Es liegt eine große Verantwortung bei all jenen, die sich geistigen und humanitären Idealen verpflichtet fühlen, das Wesentliche zu erkennen und zu unterstützen.

## Inhalt

- 3 Wohlstand oder Armut – eine Frage des Geldes
- 5 Das Rad und das Geld
- 6 Dauerkonjunktur statt Wirtschaftswachstum
- 8 Aktionen, Angebote & Service der INWO
- 9 INWO vor Ort
- 10 Reformen, die keine sind
- 12 Wasser, Luft und auch Boden für alle!
- 14 Wer anderen das Geld entzieht...
- 15 Bestellseite

## Impressum

FAIRCONOMY 1. Jahrgang, Nummer 1/2005

### Redaktion

Wera Wendnagel (V.i.S.d.P.), Beate Bocking, Jens Hakenes, Frank Bohner  
Email: [Redaktion@INWO.de](mailto:Redaktion@INWO.de)

### Abo-Email

[Versand@INWO.de](mailto:Versand@INWO.de)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

### Auflage

???? Exemplare

### Bildnachweis

Titelseite: Kenny Kenner, ÖkoPension Kenners LandLust  
Zeichnungen: eugenartig.com  
INWO-Materialien: SMARTI-d - Andreas Franke  
Autoren- und Produktfotos: privat  
Seite 1: B. Lietaer: Mysterium Geld  
Seite 2: Berliner Regional/Roland Mainz  
Seite 7: Ole Begemann  
Seite 8: BING  
Seite 9: [INWO.ch](http://INWO.ch)/Jakob Schneider  
Seite 10: Idee René Schulz  
Seite 11: Copyright (c) 2005 INWO-D e.V. und dessen/deren Lizenzgeber. Alle Rechte vorbehalten.  
Seite 12: [visipix.com](http://visipix.com)/Mathias Bellmann, Germany

### Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

### Druck u. Versand

Druckhaus Klingenfuss GmbH, Münster

### Herausgeberin

INWO D e.V., Geschäftsstelle, Klaus Popp, Blasiusstraße 63, 40221 Düsseldorf,  
Telefon: (02 11) 30 41 05, Email: [INWO@INWO.de](mailto:INWO@INWO.de)  
Konto 604 786 607, Postbank Frankfurt/Main (500 100 60)  
<http://www.INWO.de>

Die FAIRCONOMY ist die neue Zeitschrift der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO). Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt der INWO Deutschland und Schweiz. Mit der Zeitschrift machen wir auf die Arbeit der INWO und unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam.

FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine

nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform, die dafür sorgt, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung des Wohlstands von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Chancengleichheit und Frieden für alle.

# Wohlstand oder Armut – eine Frage des Geldes

Sechs Stunden Arbeit pro Tag, nur vier Tage die Woche, dazu 90 Feiertage im Jahr und täglich vier üppige Mahlzeiten mit mehreren Gängen. Hört sich an wie ein Märchen, ist es aber nicht. Es ist ein Blick in die Vergangenheit: Europa in der Zeit des Hochmittelalters - eine andere Zeit mit einem anderen Geld.

Von ungefähr 1000 bis 1300 lebten die Menschen in Mitteleuropa zunehmend in einem beachtlichen Wohlstand, der auf alle Bevölkerungsschichten verteilt war. Gewerbe und Handel blühten, Bewässerungssysteme wurden gebaut und Land urbar gemacht. Zudem war dies die Zeit der großen Kathedralen: Über Generationen hinweg entstanden riesige, filigrane Zeugnisse menschlicher Schaffenskraft, die noch heute unzählige Touristen in ihren Bann ziehen.

## Das Hochmittelalter als Blütezeit der europäischen Kultur

Erstaunlicherweise waren die meisten dieser Kathedralen einer Frau – der Jungfrau Maria – geweiht: Nôtre Dame de Paris und Nôtre Dame de Chartres beispielsweise. Überhaupt kam den Frauen damals eine wichtige gesellschaftliche Stellung zu. Viele von ihnen waren eigenständige Gewerbetreibende und Unternehmerinnen, Wächterinnen, Steuereintreiberinnen, Musikerinnen, Schriftstellerinnen, Heilkundige. Manche wirkten darüber hinaus in weltlichen und kirchlichen Führungspositionen. Zudem wurden auf Münzen – wie kaum je zuvor und selten danach – auch Frauen abgebildet, die tatsächlich gelebt haben, zum Beispiel Äbtissinnen.

## Ein besonderes Geld als Voraussetzung für allgemeinen Wohlstand

Das hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass in dieser Zeit die Städte, die lokalen Fürsten, Äbte und Äbtissinnen das Recht hatten, eigenes Geld herauszugeben, mit dem es eine besondere Bewandnis hatte: Alle fünf bis sechs Jahre und später auch in kürzeren Abständen

wurde es verrufen, das heißt, es musste gegen neues Geld eingetauscht werden. Dabei war es üblich, drei neue gegen vier alte Münzen zu wechseln. Mit dem Gewinn wirtschaftete der jeweilige Fürst oder Abt – mehr und mehr anstelle sonstiger Steuern und Abgaben. Man nannte dieses System damals "Renovatio Monetæ". Eine weit verbreitete Form der mit einem Abschlag versehenen lokalen Geldsysteme waren die so genannten "Brakteaten", sehr dünne Silbermünzen, die nur einseitig geprägt wurden. Sie dienten als lokale Tauschwährung. Gold- und massive Silbermünzen gab es damals zwar auch, sie wurden jedoch zur Hauptsache im Fernhandel und zum Kauf von Luxusgütern verwendet.

Die Brakteaten waren beim Volk zwar verständlicherweise nicht sehr beliebt. Sie hatten jedoch zur Folge, dass die Kaufkraft der Währungen in fast ganz Europa während langer Zeit sehr stabil blieb. Das heißt, es gab damals kaum Inflation, die Preise für Waren stiegen also nicht an. Zudem erhöhte sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Denn nun war kaum mehr jemand daran interessiert, diese Brakteaten als Ersparnis auf die Seite zu legen. Das lokale Geld wurde vielmehr rasch wieder ausgegeben und – auch zugun-

sten künftiger Generationen – in langfristige Investitionen gelenkt: in die Verbesserung des Bodens, der Verkehrswege, der Produktions- und Bewässerungsanlagen, in Wind- und Wassermühlen, in Weinpressen und in die besagten Kathedralen. Diese hatten neben der religiösen und spirituellen Bedeutung auch eine wichtige ökonomische Funktion: Sie zogen Pilger an, die der betreffenden Stadt über viele Generationen hinweg zusätzlichen Wohlstand bescherten.



Mittelalterliches Regiogeld:  
Brakteat mit Äbtissin Adelheid III. aus Quedlinburg

Das Verschwinden der lokalen Währungen im Mittelalter hatte zwei Gründe. Einerseits missbrauchten manche Machthaber das System dahingehend, dass sie das Geld immer rascher verriefen, um sich so persönlich bereichern zu können. Zum anderen zentralisierte sich die staatliche Macht immer stärker. Die Könige beanspruchten das Recht zur Geldschöpfung wieder für sich allein, nicht zuletzt zur Finanzierung von Kriegen, die nun Europa überzogen. Die Folgen für die Bevölkerung, die zuvor markant zugenommen hatte, waren dramatisch. Mit dem Verschwinden der Brakteaten kam es zu einem wirtschaftlichen Niedergang, zu Hungersnöten und zu einem deutlichen Bevölkerungsrückgang. Dieser beschleunigte sich zusätzlich, als fünf Jahrzehnte danach die Pest

Das Verschwinden der lokalen Währungen im Mittelalter hatte

Zwei Gründe. Einerseits missbrauchten manche Machthaber das System dahingehend, dass sie das Geld immer rascher verriefen, um sich so persönlich bereichern zu können. Zum anderen zentralisierte sich die staatliche Macht immer stärker. Die Könige beanspruchten das Recht zur Geldschöpfung wieder für sich allein, nicht zuletzt zur Finanzierung von Kriegen, die nun Europa überzogen. Die Folgen für die Bevölkerung, die zuvor markant zugenommen hatte, waren dramatisch. Mit dem Verschwinden der Brakteaten kam es zu einem wirtschaftlichen Niedergang, zu Hungersnöten und zu einem deutlichen Bevölkerungsrückgang. Dieser beschleunigte sich zusätzlich, als fünf Jahrzehnte danach die Pest



Modernes Regiogeld präsentiert Bundestagspräsident Wolfgang Thierse mit dem BERLINER

ausbrach. Auch mit der gleichberechtigten Stellung der Frau hatte es nun für viele Jahrhunderte ein Ende. Die einsetzenden Hexenverfolgungen führten zu einer nie da gewesenen Unterdrückung des Weiblichen – mit anderen Worten zu einem tatsächlichen Rückfall ins "finstere Mittelalter", das uns als solches aus der offiziellen Geschichtsschreibung bekannt ist, aber eigentlich nur für die Zeit des Spätmittelalters zutrifft.

## Vom finsternen Mittelalter zum Schwarzen Freitag

Ein gutes halbes Jahrtausend später wurde es wieder finster: Der Schwarze Freitag an der New Yorker Börse markierte den Beginn der Weltwirtschaftskrise. Im gleichen Jahr, 1929, wurde in Erfurt die Wära-Tauschgesellschaft gegründet, die eine alte Idee wieder aufgriff und mit neuer Technik versah. Die so genannten "Wära-Tauschscheine" wurden im Gegensatz zu den mittelalterlichen Brakteaten nicht verrufen, sondern mit einem monatlichen Abschlag versehen. 12 Mal im Jahr war auf die Rückseite der Scheine eine Marke zu kleben, die ein Prozent des Scheinwerts kostete. Wie im Mittelalter war deswegen jeder darauf aus, den Schein so schnell wie möglich wieder los zu werden, um nicht die nächste Monatsmarke kaufen zu müssen.

Nach zwei Jahren nutzten bereits mehr als eintausend Firmen im ganzen damaligen Deutschen Reich die Wära. Löhne und Gehälter wurden zumindest teilweise in der neuen Währung ausgezahlt. Wechselstuben für die

Tauschbons gab es unter anderem in Berlin, Chemnitz, Dortmund, Eisenach, Freiburg, Köln, Leipzig und Nürnberg. Neben dem gestörten Kreislauf der Reichsmark entstand ein separater Wära-Kreislauf.

In der niederbayerischen Ortschaft Schwankirchen nahm der einst größte Arbeitgeber der Region, das stillgelegte Braunkohlebergwerk, mit Hilfe des "Wära-Finanzierungskonsortiums" wieder die Arbeit auf. Dort kam die lokale Wirtschaft so in Schwung, dass sich bald die Berichte über die "Wära-Insel im bayerischen Wald" häuften.

## Das Geld-Wunder von Wörgl

In Österreich begann 1932 die bankrotte Stadt Wörgl, ihre Angestellten mit "Arbeitswertscheinen" zu bezahlen, die ähnlich wie die Wära funktionierten. Auch hier mussten jeden Monat Wertmarken auf die Scheine geklebt werden und entsprechend schnell wurden die Scheine weitergegeben. Steuerschulden wurden umgehend beglichen, die Stadtkasse füllte sich wieder und so konnten drin-

### Das Geldwunder von Wörgl

Hörspiel von Bernd Grashoff in einer Aufnahme des Bayerischen Rundfunks 2003

Das Geldwunder von Wörgl beschreibt, wie sich die Gemeindemitglieder 1932 aus eigener Kraft aus der Wirtschaftskrise befreiten. Während im übrigen Österreich die politischen Gruppen aufeinander schossen, kämpfte der Gemeinderat von Wörgl einstimmig, Seite an Seite mit den Bürgern, für ein Beschäftigungsprogramm mit "rostenden Banknoten".

gend notwendige Arbeiten an städtischen Gebäuden und Straßen finanziert und neue Aufträge durch die Stadt vergeben werden.

Andernorts nahm die Arbeitslosigkeit infolge der Weltwirtschaftskrise zu, in Wörgl ging sie dank der Arbeitswertscheine um rund ein Viertel zurück. In den Nachbarstädten und -gemeinden, dem restlichen Österreich, der Schweiz, Frankreich und den USA fanden sich daraufhin viele Nachahmer. Frankreichs Ministerpräsident Eduard Daladier informierte sich sogar persönlich vor Ort. Doch durch den Erfolg wurden auch die Notenbanken hellhörig und sorgten für ein rasches Verbot der so genannten Notgelder. Nicht verboten wurde nur das schweizerische WIR-Geld, das auch heute noch vor allem von Unternehmen genutzt wird.

Anfang der 80er Jahre nahmen die ergänzenden Währungen einen neuen Anlauf. Weltweit gibt es inzwischen hunderte solcher Währungssysteme, vor allem auf regionaler Ebene – einige davon auch in Deutschland. Der "Chiemgauer" ist das wohl bekannteste "Regiogeld" in Deutschland. ARD-Fernsehen, Deutschlandradio, Süddeutsche Zeitung und taz berichteten bereits über das Projekt des Lehrers Christian Gelleri, das vor allem von Schülerinnen getragen wird. Koordiniert werden die Projekte in dem von Prof. Margrit Kennedy initiierten Regionetzwerk. Mit dem im Februar 2005 gestarteten "Berliner" hat auch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse schon bezahlt und damit für reichlich Schlagzeilen gesorgt, die auf die Mängel unseres Geldsystems aufmerksam machen und eine Alternative aufzeigen.



**Dr. oec. Hans-Peter Studer** aus Speicherschwendi (Schweiz) hat an der Universität St. Gallen Wirtschaftswissenschaften studiert und ist seit fünfzehn Jahren als selbstständiger Umwelt- und Gesundheitsökonom tätig.



**Jens Hakenes** aus Leipzig arbeitet als Radio-Journalist und Webdesigner, studiert Journalismik und Geschichte und ist 2. Vorsitzender der INWO Deutschland.



Laufzeit: 28 Minuten

Preis: 5 Euro (ab 10 Stück nur 3 Euro pro CD)

# Das Rad und das Geld

Rad und Geld haben vieles gemeinsam. Beide sind Erfindungen beziehungsweise Entdeckungen, die uns Tag für Tag begegnen, beide aus grauer Vorzeit und beide haben die Welt entscheidend verändert. Im Laufe der Zeit sind beide weiterentwickelt worden; das eine mehr, das andere weniger – mit schwerwiegenden Folgen.

Das Rad wurde vom einfachen Scheibenrad aus Stein zum Rad aus Holz und später aus Metall. Dann kamen verschiedene Zahnräder. Es wurden Speichen und Felgen erfunden, die Bereifung wurde vom Eisen- zum Luftreifen und so weiter. Das Rad läuft nicht nur sichtbar an Auto, Fahrrad und Eisenbahn, sondern auch unsichtbar in Haushaltsgeräten, Motoren und Computern. Ein Rad erfüllt seine Funktion nur, wenn es sich dreht und zwar möglichst ohne Reibungsverlust. Aus diesem Grund wurden auch Achse und Nabe besonders aufmerksam weiterentwickelt. Es wurden Kugellager, Walzenlager und immer bessere Schmiermittel erfunden. Die modernsten Naben haben eine Dauerschmierung, die kaum mehr gewartet werden muss.



In der Weiterentwicklung ist das Geld gegenüber dem Rad eindeutig zurück geblieben. Das ursprüngliche Geld aus Steinen oder Muscheln wich den Münzen aus Metall. Die Münzen wurden handlicher und zum größten Teil durch Papier, also Banknoten, ersetzt. Später wurde der bargeldlose Zahlungsverkehr erfunden. Das Geld beziehungsweise das Gut-

haben zirkuliert nun unsichtbar wie das Rad in einer Maschine. Hier tritt nun der Unterschied in den Weiterentwicklungen von Rad und Geld zu Tage. Wie das Rad erfüllt auch das Geld seine Funktion nur, wenn es möglichst reibungslos umläuft. Und wie beim Rad sollte auch beim Geld die "Nabe" dauerhaft geschmiert sein. Doch diese Dauerschmierung bei der "Geld-Nabe" gibt es nicht.

Wirtschaftskrisen hat es seit Jahrhunderten in verschieden großen Zeitabständen und in unterschiedlicher Heftigkeit immer wieder gegeben. Es war immer die Geldzirkulation, die nicht mehr richtig funktionierte. Das Geld fehlte an (fast) allen Ecken und Enden. In der "Nabe" klemmte es – damals wie heute. Gelöst wurden die Probleme immer durch das Schmieren der "Nabe" mit wenig geeigneten Mitteln mit entsprechend unerfreulichen Nebenwirkungen: dem Drucken von weiteren Geldscheinen zum Beispiel. Mittlerweile sind diese Mittel als unbrauchbar erkannt und neue Ideen für die Schmierung scheint es nicht zu geben. Geld ist ganz offenbar genug da, aber es wird einfach nicht mehr ausgegeben.

Beim Internationalen Währungsfond (IWF), den Zentralbanken und vielen Finanzexperten sowie Politikern macht sich deswegen Ratlosigkeit breit. Da wird das Konsumklima beschworen, auf Optimismus gemacht, der Geschäftsklimaindex, also die Erwartungen der Unternehmer, abgefragt, viel gehofft und noch mehr geredet, aber wirklich getan werden kann anscheinend nichts.

Man kann oder will dem Übel nicht auf den Grund gehen, weil auch hier nicht sein kann, was nicht sein darf!



Der frühere Leiter des Instituts für Wirtschaft und Ökologie an der Hochschule St. Gallen, Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, stellte einmal fest:

**„99 Prozent der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht, die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als 'nicht existent'. Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine wirkliche Wende möglich.“**



**Hans Leuthold**  
aus Ostermündingen/Schweiz, geb. 1928, pensionierter Staatsbeamter (PTT), ehem. Präsident der LSP Bern (Liberalsozialistische Partei) und einer INWO-Regionalgruppe, beschäftigt sich seit 50 Jahren mit der Geld- und Bodenfrage

# Dauerkonjunktur statt Wirtschaftswachstum als Mittel gegen Erwerbslosigkeit

Wirtschaftswachstum soll die Arbeitsmarktprobleme lösen. Darin sind sich Politiker aller Parteien seit 30 Jahren einig. Doch trotz ständigem Wachstum seit Anfang der 70er Jahre ist die Zahl der Erwerbslosen stetig gestiegen.

**„Tatsächlich wird sie (die Natur) ausgebeutet und zerstört, weil der technische Fortschritt allein vom Kapital gesteuert wird, d.h. weil dieses keinen moralischen Bindungen unterworfen ist. Unbehindert von ökologischen und sozialen Rücksichten kann es sich einer einzigen Aufgabe widmen, der exponentiellen Vermehrung der Geld- und Kapitalvermögen. Das führt zu der Benachteiligung von Natur und Arbeit, die heute als Umweltzerstörung und Arbeitsplatzvernichtung in Erscheinung tritt.“**

Prof. Gerhard Scherhorn,

Wirtschaftswachstum führt also nicht automatisch zu mehr Beschäftigung. Außerdem ist andauerndes Wachstum in einer endlichen Welt sachlogisch ausgeschlossen. Das verstehen bereits Kinder im Vorschulalter. Sollte ausgerechnet die Politikerkaste von dieser Erkenntnis verschont geblieben sein? Wohl kaum! Fragen kann man sich allerdings, warum die Politiker trotzdem unisono auf die Wachstumskarte setzen. Immerhin könnte man ja auch ganz einfach für Dauerkonjunktur plädieren.

**„Dauerkonjunktur bedeutet, dass die Wirtschaft stetig floriert.“**

Dauerkonjunktur kann mit Wachstum verknüpft sein, muss es aber nicht. Denn unter geeigneten Vorzeichen kann auch eine – häufig als "Nullwachstum" diffamierte – Stabilisierung der Wirtschaftsleistung eine dauer-

hafte Rückkehr zu ausreichendem Arbeitsplatzangebot ermöglichen. Mit einer einfachen bildhaften Erklärung kann dies verdeutlicht werden.

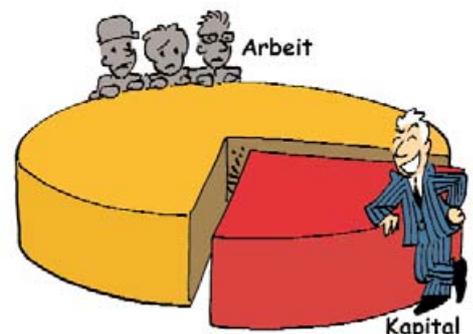
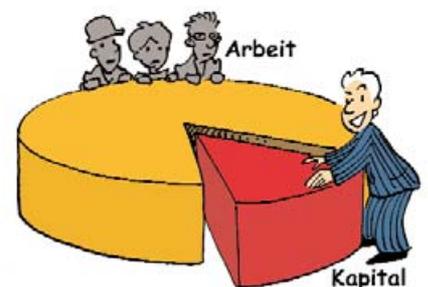
Alle am Wirtschaftsleben Beteiligten "backen" zusammen im Jahresverlauf einen mehr oder weniger großen "Wirtschaftskuchen", der als Bruttoinlandsprodukt (BIP) bezeichnet wird. Dieser Wirtschaftskuchen wird verteilt: Einen Teil bekommen die arbeitenden Menschen, egal ob selbständig oder abhängig beschäftigt. Der andere Teil des Wirtschaftskuchens geht an die Menschen oder Institutionen, die den Unternehmen Geldkapital zur Verfügung gestellt haben.

Da die deutsche Wirtschaft mittlerweile etwa dreimal so hoch verschuldet ist wie die öffentlichen Haushalte, ist der Anspruch der Geldkapitalbesitzer ein beträchtlicher. Wächst nun der Anspruch des Faktors Kapital stärker als die Wirtschaftsleistung, dann drohen ökonomische und soziale Probleme.

Weil die Kapitalgeber den Erstzugriff auf den Wirtschaftskuchen beanspruchen – zuerst müssen die Kredite bedient d.h. die Kreditzinsen bezahlt werden –, haben sich die arbeitenden Menschen, also Arbeitnehmer und Unternehmer, mit dem Rest des Kuchens zufrieden zu geben. Dies bedeutet heute Lohnkürzungen bzw. Entlassungen, wenn die Gewerkschaften auf die Forderungen der Arbeitgeberverbände nicht eingehen.

Eine ökologisch wünschenswerte Stabilisierung der Wirtschaftsleistung ergibt ökonomisch also nur dann einen Sinn, wenn sich das Geldkapital nicht jedes Jahr ein immer größeres Stück aus dem Wirtschaftskuchen herauschneiden kann. Das setzt aber mög-

lichst niedrige Zinsen voraus. Auf Dauer ist "Nullwachstum" ökonomisch und sozial deshalb nur bei "Nullzins" verkraftbar. Bei einem Zins nahe Null würde die Bereitschaft, Geld zu verleihen, jedoch drastisch zurückgehen. Die Geldbesitzer bleiben lieber flüssig, d.h. flexibel. Eine Verringerung des Geldumlaufs hätte dramatische wirtschaftliche Folgen:





Wegen der mangelnden Bereitstellung des Tauschvermittlers Geld würde eine Deflationskrise drohen. Konsumwünsche, obwohl vorhanden, würden verschoben. Noch weiter steigende Arbeitslosigkeit wäre die Folge.

Daher gilt es, ein Geld zu schaffen, das auch bei sehr niedrigem Zins bzw. sogar bei Nullzins noch umläuft. Weil bei niedrigen Zinsen die Unternehmen leichter investieren können, würden automatisch Arbeitsplätze geschaffen. Sinkende Zinsen gewähren den Schuldnern Entlastung. Diese könnten verstärkt konsumieren, was die neu geschaffenen und auch die alten Arbeitsplätze sichern würde.

Die bisherigen Zinsbezieher hätten dann zwar geringere Zinseinkünfte. Dies würde sich gesamtwirtschaftlich allerdings nicht nachteilig auswirken. Die großen Geldvermögen konzentrieren sich nämlich in den Händen weniger Superreicher: Wer eine Milliarde Euro zu vier Prozent anlegt, erhält täglich (!) mehr als 100.000 Euro an Zinsen. Das sind im Monat mehr als drei Millionen! Die kann man nur schwer ausgeben – viel leichter legt man sie wiederum zinsbringend an. Der deutsche Verfassungsrechtler Dieter Suhr bezeichnete das als "Geld ohne Bedarf".

Schlussfolgerung: Zurückgehende Zinsen entlasten – einfach nachvollziehbar – die Wirt-

schaft. Gleichzeitig erhöht sich aber auch die Kaufkraft der bisherigen Zinszahler, und das ist die Mehrheit der Menschen ("Bedarf ohne Geld" nach Suhr). Sinkende Zinsen führen also mittelfristig zu einer Dauerkonjunktur. Und zwar ohne weitere staatliche Verschuldung bzw. Belastung der Unternehmen.

**„Der Zwang zum rein quantitativen Wachstum würde wegfallen: Die Wirtschaft könnte wachsen, müsste es aber nicht. Qualitatives Wachstum bekäme dann endlich eine richtige Chance.“**

Voraussetzung wäre allerdings eine kleine Korrektur der Geldordnung, wie sie auch schon von Silvio Gesell ("Freigeld") und J.M. Keynes ("carrying costs") vorgeschlagen wurde. Auch Rudolf Steiner regte ein "alterndes Geld" an. Sollten unsere Politiker davon tatsächlich noch nichts gehört haben?



**Frank Bohner**  
aus Stuttgart ist unter anderem als Pädagoge und Referent tätig. Er ist Autor zahlreicher Artikel über die Geld- und Bodenproblematik.

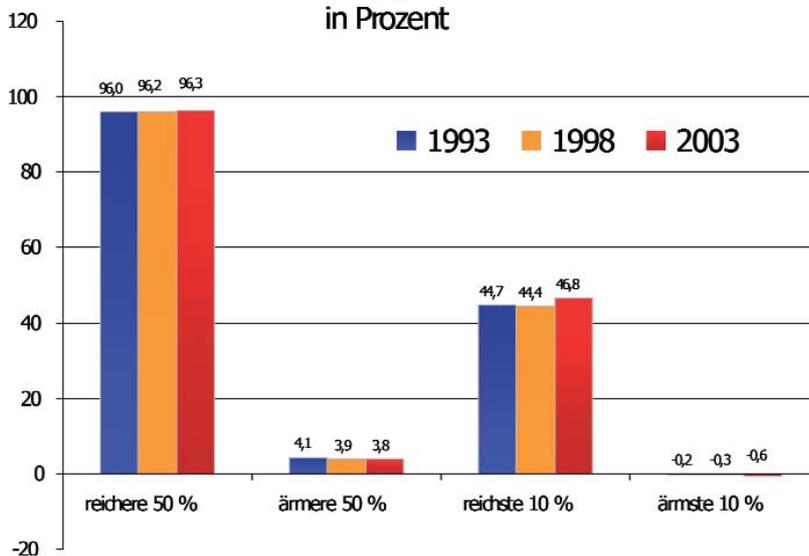
### Wachsende Vermögen – wachsende Armut

"Armut und soziale Ausgrenzung sind nicht nur Randphänomene, Armutsrisiken können auch die Mitte der Gesellschaft bedrohen", heißt es im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Das Armutsrisiko der Deutschen ist von 12,1 Prozent (1998) auf 13,5 Prozent (2003) gestiegen. Auf der anderen Seite verfügen private Haushalte über immer größere Vermögen.

Der Wohlstand ist sehr ungleichmäßig verteilt: Die ärmere Hälfte der Bevölkerung besitzt insgesamt nicht einmal vier Prozent des gesamten Nettovermögens. Dagegen nimmt der Anteil, über den die reichsten zehn Prozent der Haushalte verfügen, stetig zu. 2003 lag er bei fast 47 Prozent.

Zu beachten ist hierbei, dass die 200.000 reichsten Haushalte Deutschlands in der Statistik gar nicht erfasst sind. Die Vermehrung der überproportional wachsenden Vermögensbestände geht zulasten der arbeitenden Bevölkerung. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter.

Verteilung des Vermögens\* nach Bevölkerungsgruppen in Prozent



\* Nettovermögen aus Spar- und Bausparguthaben, Termingeldern, Lebensversicherungen, Immobilienbesitz  
Quelle: 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005, Tabelle I.9, S. 36

# Bierdeckel & Banner gegen die dauernde Umverteilung

"Dieses Bier hat 30 % Zinsanteil" steht auf den INWO-Bierdeckeln. Doch das gilt nicht nur für Bier, sondern auch für alle anderen Waren. Nur kaum einer weiß es. Die meisten meinen, sie würden von Zinsen profitieren. Doch das gilt nur für eine Minderheit. Darauf und auf die sich daraus ergebenden Probleme macht die INWO aufmerksam.

Mit jedem Produkt, das wir kaufen, zahlen wir durchschnittlich 30 Prozent Zinsen. Denn die Unternehmer müssen in aller Regel Schulden machen, um in Maschinen und Gebäude investieren zu können. Die anfallenden Zinsen werden als Kapitalkosten genauso in die Preise eingerechnet wie auch die Kosten für Personal und Rohstoffe. Ein Umstand, der bisher nur den allerwenigsten Menschen bewusst ist.

Den Durchschnittswert von 30 Prozent hat der Wirtschaftsanalytiker und Buchautor Helmut Creutz errechnet. Dazu hat er die Ausgaben aller Haushalte (1.197 Mrd. Euro) mit den Bankzinsenerträgen (370 Mrd. Euro) verglichen, die in etwa mit den gezahlten Zinsen für Schulden gleich zu setzen sind. Würde man in diese Rechnung auch die Verzinsung für das eingesetzte schuldenfreie Sachkapital aufnehmen, wäre der Zinsanteil noch höher. Außerdem ist er abhängig vom jeweiligen Kapitaleinsatz. Bei Wohnungsmieten liegt er beispielsweise bei bis zu 80 Prozent!

Groß ist die Freude, wenn am Jahresanfang die Zinsen auf dem Sparbuch eingetragen werden. Doch nur ganz wenige nehmen insgesamt mehr Zinsen ein als sie ausgeben. Die meisten zahlen drauf und zwar kräftig!



Ein Beispiel: Von einem Jahresverdienst von 24.000 Euro werden 20.000 Euro ausgegeben. Da in den Preisen durchschnittlich 30 Prozent Zinsen stecken, werden im Jahr rund 6000 Euro nur für Zinsen ausgegeben. 6000 Euro Einnahmen hat dagegen nur, wer bei einem Zinssatz von 4 Prozent 150.000 Euro auf dem Konto hat!



80 Prozent der Bevölkerung zahlen drauf. Sie geben mehr Zinsen aus als Sie einnehmen. Wie ist es bei Ihnen?

Nehmen Sie sich einen Taschenrechner und tragen Sie ihre persönlichen Werte neben unserem Beispiel ein!

Einkommen pro Jahr:	24.000,-	_____ €
Sparanteil:	4.000,-	_____ €
Ausgaben pro Jahr:	20.000,-	_____ €
30 Prozent Zinsanteil:	6.000,-	_____ €
Kontostand Sparbuch:	150.000,-	_____ €
Zinsertrag bei 4 %:	6.000,-	_____ €
Ergebnis:	0.000,-	_____ €

Über Personal- und Rohstoffkosten wird viel geredet; über ein System, von dem nur eine Minderheit profitiert, so gut wie gar nicht. Das will die INWO ändern, indem sie mit Veranstaltungen und Aktionen wie den bisher verteilten 70.000 Bierdeckeln auf das Problem aufmerksam macht.

## INWO-Angebote & Service

Neben Öffentlichkeitsarbeit geht es bei der INWO vor allem um Bildung. Die Geschäftsstelle vermittelt kompetente **Referenten**, die zu verschiedenen Themenschwerpunkten spannende Vorträge halten, an Diskussionen und Konferenzen teilnehmen.

Mehrmals im Jahr veranstaltet die INWO **Seminare**, unter anderem zu unserer Idee der FAIRCONOMY, einer gerechten Wirtschaftsordnung. Dabei stehen Experten wie Helmut Creutz oder Prof. Wolfgang Berger für Fragen zur Verfügung und die Arbeit der INWO wird vorgestellt.

Der INWO-**Versand** bietet eine Vielzahl von Informationsmaterialien an. Von kostenlosem Werbematerial und günstigen Flyern und Bierdeckeln zum Verteilen, über T-Shirts, Broschüren, Hörspiel-CDs und Videos bis hin zu grundlegenden Büchern.

Die aktiven Mitglieder der INWO bereiten in **Arbeitsgruppen** und bei den so genannten Aktiventreffen neue Projekte vor. Dabei werden verstärkt Mailinglisten und andere Internet-Werkzeuge eingesetzt, um die Unterstützer in ganz Deutschland zu vernetzen. Mehr dazu erfahren Sie im Internet unter [www.INWO.de](http://www.INWO.de).

INWO-Geschäftsstelle  
Klaus Popp  
Blasiusstraße 63, 40221 Düsseldorf  
Telefon: 02 11 - 30 41 05  
(Di.-Fr., 9-11 Uhr)  
E-Mail: [Klaus.Popp@INWO.de](mailto:Klaus.Popp@INWO.de)

INWO-Versand  
Sambach 180, 96178 Pommersfelden  
Telefon: (0 95 02) 92 13 66  
Fax: (0 12 12) 5 12 59 71 40  
E-Mail: [Versand@INWO.de](mailto:Versand@INWO.de)  
URL: [www.INWO.de/Shop](http://www.INWO.de/Shop)

# INWO vor Ort

In zahlreichen Städten und Regionen ist die INWO bereits durch Ansprechpartner oder Regionalgruppen vertreten, die vor Ort für die INWO aktiv sind.

Wenn Sie mitmachen wollen, schreiben Sie einfach eine E-Mail. Anfragen per Post oder Telefon richten Sie bitte an die Geschäftsstelle der INWO. Dort können Sie sich auch melden, wenn Sie Ansprechpartner werden oder eine Regionalgruppe gründen wollen.

## Ansprechpartner

Aachen@INWO.de  
Chemnitz@INWO.de  
Eichsfeld@INWO.de  
Eifel@INWO.de  
Franken@INWO.de  
Halle@INWO.de  
Hannover@INWO.de  
Lueneburg@INWO.de  
Muenchen@INWO.de  
Muenster@INWO.de  
Oldenburg@INWO.de  
Ostbayern@INWO.de  
Rheinland@INWO.de  
Thueringen@INWO.de

## Regionalgruppen

Berlin  
Berliner Initiative Neutrales Geld (BING)  
E-Mail: Berlin@INWO.de  
Treffen: jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr, Auskunft zum Ort per E-Mail

Dresden  
AG NWO (Natürliche Wirtschaftsordnung)  
E-Mail: Dresden@INWO.de  
Treffen: jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 18.30 Uhr, Umweltzentrum (Büro der Grünen Liga), Schützengasse 18

Düsseldorf  
E-Mail: Duesseldorf@INWO.de  
Treffen: jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr, Cafe Modigliani, Wissmannstraße 6 (am Friedensplätzchen)



Frankfurt/Main  
E-Mail: Frankfurt@INWO.de  
Treffen: jeden ersten Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr, Café Indefinite im Sandweg 64

Karlsruhe  
E-Mail: Karlsruhe@INWO.de  
Treffen: jeden zweiten Donnerstag im Monat um 19 Uhr, Karlsruhe-Grünwettersbach, Details per E-Mail

Köln  
E-Mail: Koeln@INWO.de  
Treffen: jeden dritten Donnerstag im Monat um 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Gebäude "Steigeturm", Melchiorstr. 3, Nähe Ebertplatz

Leipzig  
INWO-Regional und Hochschulgruppe  
E-Mail: Leipzig@INWO.de  
Treffen: jeden ersten und dritten Montag im Monat um 19 Uhr, Auskunft zum Ort per E-Mail

Nordhessen  
Freiwirtschaftliche Initiative Nordhessen (FIN)  
E-Mail: Nordhessen@INWO.de

Potsdam  
Potsdamer Initiative Neutrales Geld (PING)  
E-Mail: Potsdam@INWO.de  
Treffen: jeden Dienstag um 18.30 Uhr, Auskunft zum Ort per E-Mail

Stuttgart  
E-Mail: Stuttgart@INWO.de  
Treffen: jeden ersten Dienstag im Monat um 19 Uhr, Forum3 in der Gymnasiumstraße

Wuppertal  
E-Mail: Wuppertal@INWO.de  
Treffen: jeden zweiten Dienstag im Monat um 20 Uhr, Landhaus Dreyer, Vogelsangstraße 159 (Uellendahl)

## Kontaktadresse & Regionalgruppen der INWO Schweiz

INWO Schweiz Sekretariat  
Bahnhofstr. 102 / Postfach  
5001 Aarau  
Sprechzeiten: jeweils Mittwoch von 10-12 und 14-16 Uhr  
Telefon: 062 8228486  
Fax: 062 8236755  
E-Mail: contact@inwo.ch  
PC-Kto: 30-1771-2

Basel E-Mail: basel@inwo.ch  
Bern E-Mail: bern@inwo.ch  
Chur E-Mail: chur@inwo.ch  
St. Gallen E-Mail: stgallen@inwo.ch  
Zürich E-Mail: zuerich@inwo.ch



# Reformen, die keine sind

Hartz I bis IV, Agenda 2010, Gesundheits- und Rentenreform - es tut sich einiges. Doch wirklich neue Vorschläge und Visionen fehlen, ebenso wie eine schlüssige Analyse der Krisenursachen im Wirtschafts- und Sozialsystem, die doch eigentlich am Anfang jeder Reform stehen sollte.

Beim Reformkonzept Agenda 2010 geht es vor allem darum, die staatlichen Ausgaben zu verringern. Dieser Punkt mag wichtig sein, täuscht aber darüber hinweg, dass mit einer Sanierung des Staatshaushaltes die Probleme der Arbeitslosigkeit, der Verschuldung von Staat, Unternehmen und Privatpersonen sowie der zunehmenden Verarmung ganzer Landstriche auch in Deutschland nicht angegangen werden. Im Gegenteil: Kürzt der Staat den Schwächsten das Geld, konsumieren diese weniger - was sich natürlich wieder negativ auf die Binnen- nachfrage auswirkt und die Wirtschaftskrise anheizt.

Das haben auch manche "Wirtschaftsexperten" erkannt und fordern deshalb, der Staat möge durch vermehrte Ausgaben die Nachfrage anheizen, weil das die herrschende Wirtschaftstheorie so vorgibt. Doch mehr Ausgaben kann der Staat sich nur durch mehr Schulden leisten - Schulden, die er bereits beim jetzigen Stand nur sehr schwer jemals wieder tilgen kann: 1,429 Billionen Euro zeigte die Schuldenuhr vom Bund der Steuerzahler im April 2005, macht 17.315 Euro pro Kopf.

In 14 Jahren werden es dank des exponentiellen Wachstums durch den Zinseszins- Effekt doppelt so viel sein (bei einem Zinssatz von fünf Prozent ohne Tilgung). Sollte der Staat also wirklich noch mehr Schulden machen, um die Konjunktur anzukurbeln?

## "Wir müssen alle sparen" ...

... ruft der Finanzprediger von seinem hohen Schuldenberg. Aber wer ist "wir"? Wer einen Euro zur Bank bringt (also spart!), der wird zum Gläubiger mit einem Geldvermögen von

einem Euro. Die Bank wird zum Schuldner von einem Euro und verleiht das Geld weiter.

Jedem Geldvermögen auf der einen Seite stehen somit Schulden in gleicher Höhe auf der anderen Seite gegenüber.

Wenn der Bundesfinanzminister behauptet, er müsse "sparen", meint er damit Kürzungen und zwar bei den Sozialleistungen. Diese stellen einen sehr großen Posten im Bundeshaushalt dar. Ein viel interessanterer und immer wieder unbeachteter Posten sind jedoch die Zinszahlungen für Schulden. Im Jahr 2004 waren das 39,7 Mrd. Euro, im Jahr 2005 sollen es laut Bundesfinanzministerium 41,2 Mrd. Euro werden.

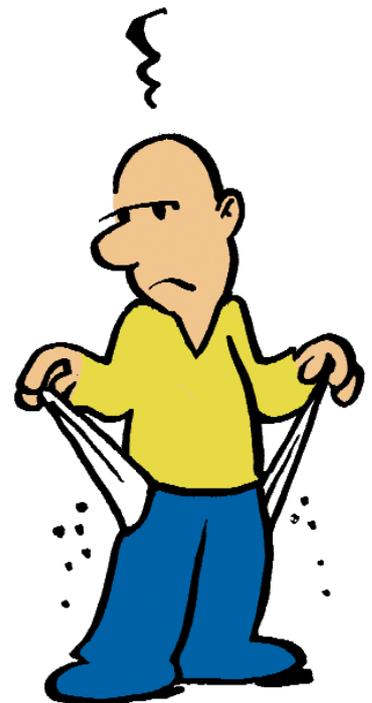
## Wie würde das Land wohl aussehen, wenn der Staat keine Zinsen zu zahlen hätte?

Ohne Zinsverpflichtungen hätte Finanzminister Eichel im Jahr 2004 die Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik, Bildung, Forschung und Wissenschaft verdoppeln können!

In der harten Realität jedoch fließt jeder sechste Steuereuro direkt an die Gläubiger des Staates, die bereits mindestens die gleiche Summe an Vermögen haben, die der Staat an Schulden hat. Natürlich müssen "wir" sparen. Aber "sparen" die so genannten Reformen am richtigen Ende?

Inflationsbereinigt haben die ca. 82,5 Millionen Deutschen im Jahr 2004 Güter und Dienstleistungen im Wert von 2016 Milliarden

Euro produziert. Das sind fast 24.500 Euro pro Kopf: vom Säugling bis zum Rentner. Macht für eine durchschnittliche vierköpfige Familie nahezu 100.000 Euro pro Jahr - wie viele Familien mit einem solchen Brutto-Jahreseinkommen kennen Sie?



## Wenn wir diese Werte nicht erhalten, wer erhält sie dann?

Nicht nur "Wirtschaftsexperten" und Politiker, sondern auch manche Gewerkschaftler haben sich "mehr Wachstum" auf die Fahnen geschrieben. Ist dies rational zu erklären, wenn man weiß, dass unsere Volkswirtschaft bereits jetzt so aufgebläht ist, dass sie für jeden im Wert von 24.500 Euro produziert? Das Problem liegt doch offensichtlich nicht darin,



dass wir zu wenig produzieren, sondern in der Art und Weise, wie der Ertrag verteilt wird.

"Wer nicht arbeitet, soll auch nichts kriegen!" - so lautet die Parole derjenigen, die die Erwerbslosen als neue Sündenböcke für die Finanzprobleme des Staates auserkoren haben. Deshalb soll über geringeres Arbeitslosengeld mehr Druck ausgeübt werden, um sie "in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern". Obwohl Technologie und Automatisierung die notwendige menschliche Arbeit verringert haben, gäbe es tatsächlich noch vieles zu tun. Nur leider wird diese Arbeit gar nicht oder nicht angemessen bezahlt.

Stattdessen heißt es einfach: "Wer nicht arbeitet, soll auch nichts kriegen!" Das gilt jedoch nicht für die Empfänger "leistungsloser Einkommen", die so genannten Kapitalrentner: Wer einem anderen Kapital zur Verfügung stellt, erhält dafür eine Vergütung, den Zins. An dieser Stelle soll keine Wertung wie gerecht oder ungerecht vorgenommen werden, es soll nur gezeigt werden, welche wirtschaftlichen Folgen diese leistungslosen Einkommen nach sich ziehen.

In einer Volkswirtschaft vermehren sich Vermögen nicht von allein. Den Betrag, um den sich ein Vermögen vergrößert, muss derjenige erarbeiten, der sich dieses Vermögen (z.B. für Investitionen) geliehen hat. Ein Teil des Gesamteinkommens fließt somit in Form von Kapitaleinkommen an die Vermögensbesitzer - und vergrößert deren Vermögen. Das muss, sofern es bei einer Bank zu positivem Zinssatz angelegt wird, von dieser als Kredit weitergegeben werden. Würde die Bank keinen Schuldner finden, müsste sie die Zinskosten sonst ja selbst tragen. Mit der Vergrößerung der Vermögen auf der einen Seite entsteht also eine Verschuldung in gleicher Höhe auf der anderen Seite.

## Die Politik fordert Reformen und dreht sich im Kreis

Man stelle sich eine Volkswirtschaft vor, die nicht wächst, also Jahr für Jahr dieselben

Werte produziert. Innerhalb dieser Volkswirtschaft wachsen aufgrund des ewig positiven Zinssatzes jedoch die Vermögen und damit die Schulden unaufhörlich. Da das Gesamteinkommen in dieser Volkswirtschaft jedoch konstant bleibt, muss bei wachsendem Kapitaleinkommen das Arbeitseinkommen sinken. Diese Volkswirtschaft kollabiert ab einem bestimmten Zeitpunkt, da den arbeitenden Menschen immer weniger ihres erarbeiteten Vermögens zur Verfügung steht und ein immer größer werdender Teil an die Kapitalbesitzer fließt, die jedoch gar nicht mehr wissen, wie sie ihr Einkommen konsumieren sollen.

## Um zu überleben, steht eine Volkswirtschaft allein aus Gründen eines ewig positiven Zinssatzes vor einem Wachstumszwang.

Doch auch eine wachsende Volkswirtschaft ist nicht vor dem Zusammenbruch sicher. Ab einem bestimmten Punkt beginnt selbst in einer wachsenden Volkswirtschaft das Arbeitseinkommen real zu schrumpfen - um die überproportional wachsenden Kapitaleinkommen bedienen zu können. Wer mehr Wachstum fordert, muss also ein Wirtschaftswachstum anstreben, welches mindestens in Höhe des Geldmarktzinssatzes liegt. Jedoch zeigt sich, dass die Geldvermögen stärker wachsen, als das Gesamteinkommen und somit langfristig die leistungslosen Kapitaleinkommen die Arbeitseinkommen auffressen (siehe Kuchen-Modell auf Seite 6).

Wenn unsere Wirtschaft aber z.B. mit fünf Prozent wachsen soll, um mit dem Vermögenswachstum Schritt zu halten, so würden wir künftig alle 14 Jahre das Doppelte von heute produzieren: 2018 also 49.000 Euro pro Kopf. Das klingt nur auf den ersten Blick wünschenswert, denn es würde quasi doppelt so viele Autos, Fernseher, Energie und damit vermutlich auch doppelt so viel Kohlendioxid bedeuten. Haben wir uns das gründlich überlegt?

Von Norbert Rost (<http://www.regionales-wirtschaften.de>) & Jens Hakenes



INITIATIVE  
FÜR  
NATÜRLICHE  
WIRTSCHAFTSFORMEN

STANDPUNKT 1

### Wachstum, Wachstum... über alles!

**Welche Rolle spielt das Geld?**

**Wachstum** ist die Fähigkeit, das eigene Vermögen zu vergrößern. Das ist ein Ziel, das viele Menschen verfolgen. Doch wie kann man sein Vermögen vergrößern? Die Antwort lautet: durch Wachstum. Wachstum ist die Fähigkeit, das eigene Vermögen zu vergrößern. Das ist ein Ziel, das viele Menschen verfolgen. Doch wie kann man sein Vermögen vergrößern? Die Antwort lautet: durch Wachstum.

Wachstum ist die Fähigkeit, das eigene Vermögen zu vergrößern. Das ist ein Ziel, das viele Menschen verfolgen. Doch wie kann man sein Vermögen vergrößern? Die Antwort lautet: durch Wachstum. Wachstum ist die Fähigkeit, das eigene Vermögen zu vergrößern. Das ist ein Ziel, das viele Menschen verfolgen. Doch wie kann man sein Vermögen vergrößern? Die Antwort lautet: durch Wachstum.



### Standpunkt 1

Auf vier DIN A4-Seiten beschreibt Buchautor Helmut Creutz mit anschaulichen Grafiken und Tabellen, warum unsere Wirtschaft immer wachsen muss und warum trotz Wachstum immer weniger zum Verteilen da zu sein scheint.

Das INWO-Faltblatt "Wachstum, Wachstum ... über alles!" kann mit dem Bestellschein auf Seite 15 angefordert werden (schwarz-weißer Laserdruck; Einzelpreis 50 Cent; 10 Stück inklusive Porto 4 Euro).



# Wasser, Luft und auch Boden für alle!

Immer wieder sorgt der Boden für Ärger – ob zwischen Nachbarn am Maschendrahtzaun oder zwischen Staaten, die sich über die Grenzen nicht einig sind und deswegen Kriege anzetteln. Und nur die wenigsten profitieren vom Geschäft mit einer der wichtigsten Lebensgrundlagen, dessen Ertrag eigentlich allen Menschen zusteht.

Die Entwicklung der Bodenpreise in Deutschland hat sich in den letzten Jahren deutlich verlangsamt, vor allem im Vergleich zur Eskalation der Baulandpreise in den vorausgegangenen Jahrzehnten. Eigentümer von Grundstücken in besten Geschäftslagen, mit Quadratmeterpreisen von mehreren tausend Euro, müssen angesichts der Wirtschaftsflaute und vieler Leerstände ihre Preisvorstellungen häufig herschrauben, besonders bei den Vermietungen von Läden und Büroflächen.

Dabei sind nicht nur diese oft astronomischen Grundstückspreise zu hinterfragen, die mit den Mieten zu verzinsen sind, sondern die Preise aller Grundstücke.

**„Beim Boden handelt es sich nicht um eine von Menschen geschaffene handelbare und eigentumsfähige Ware, sondern um ein nicht reproduzierbares Naturgut!“**

Auf Grund dieser Unvermehrbarkeit ist der Boden sogar ein Monopolgut, dessen Wert im gleichen Maße steigt, wie mit der Zahl der Menschen auf der Erde Bedarf und Nachfrage. Weil das so ist, dürfte es an dieser Lebensgrundlage eigentlich gar kein privates Eigentum geben. Man stelle sich einmal vor, jemand käme "morgen" auf die Idee, Wasser, Luft und Sonnenlicht zum privaten Eigentum zu erklären, um es dann an andere zu verkaufen oder zu verpachten!

## Woher kommt das Bodeneigentum?

Auch wenn die heutigen Eigentümer den Boden – ob bebaut oder nicht – rechtmäßig erworben oder ererbt haben, sollte allen bewusst sein, dass am Anfang einer jeden Erwerbsskette immer eine Aneignung gestanden hat. Der Philosoph Jean-Jacques Rousseau

(1712-1778) hat darum zu Recht beklagt, dass man den ersten Menschen nicht daran gehindert hat, der ein Stück Boden mit einem Zaun umgrenzte und sagte: Das ist mein!

Inzwischen geht diese Okkupation natürlicher Güter noch über das Naturgut Boden und die darin zu findenden Schätze hinaus. Große Unternehmen kaufen in manchen Gegenden bereits die gesamten Wasserrechte auf und verbieten, wie in Indien, sogar den Bauern, Brunnen oder Bäche zu benutzen. Und seit längerem ist bekannt, dass Bauern ihr selbst geerntetes Korn nicht mehr als Saatgut benutzen dürfen, weil irgendein Chemiekonzern darauf ein Patent erworben hat.

Auch die in unseren Breiten zunehmende Privatisierung bisher öffentlicher Wasserwerke gehen in die gleiche Richtung. Auch hier müssen wir den Investoren zukünftig nicht

nur die Kosten für die Wassergewinnung und Aufbereitung zahlen, sondern über alle Zeit hinweg auch die Verzinsung des eingesetzten Kapitals! Und da kein Mensch ohne Wasser leben kann und auch das Wasser ein immer knapper werdendes Monopolgut ist, ist dessen Privatisierung, wie bereits beim Boden, ein phantastisches und zukunftssträchtiges Geschäft. Das gilt vor allem für die wachsenden und um die Erde vagabundierenden Anlage suchenden Geldvermögen, während die öffentlichen Kassen leerer werden und die Verantwortlichen immer mehr gezwungen sind, auch das letzte Tafelsilber zu verscheuern.

Natürlich sind für die Wasserversorgung auch bisher Kapitalkosten angefallen bzw. kalkulatorisch eingesetzt worden, aber die von den Verbrauchern bislang dafür gezahlten Zinsen oder Pachten flossen in die öffentlichen Kassen, während sie nach dem Verkauf der Versorgungswerke in privaten Taschen landen!

Wegen der ungleichen Eigentumsverhältnisse und der damit verbundenen Einkommens-Umverteilungen sind der Boden und seine Schätze wahrscheinlich auch der Hauptgrund aller sozialen Spannungen in der Welt - und das nicht nur auf der Südhalbkugel! Man den-



ke nur an die Verhältnisse in Deutschland, wo sich die Bevölkerung in 42 Prozent Bodeneigentümer und 58 Prozent ohne Boden aufteilt.

Damit muss die Mehrheit ihr Leben lang, direkt oder indirekt, an die Bodeneigentümer zahlen, vor allem über die Mieten. Und wer selbst Boden besitzen möchte, z.B. für den Bau eines Eigenheims, muss ihn von den heutigen Eigentümern pachten oder kaufen. Doch auch die meisten Eigentümer eines Hausgrundstücks oder eines Wohnungseigentums sind angesichts der Quadratmeter großen Flächen in den Händen einer Minderheit netto gerechnet noch Verlierer: Sie zahlen über ihre täglichen Ausgaben immer noch mehr Bodenkosten, als sie an Vorteilen aus ihrem eigenen Bodenanteil ziehen.

**„Die mit dem Bodeneigentum verbundenen Vorteils- und Umverteilungseffekte sind zweifellos eine maßgebende Ursache für die Zunahme der Armut-Reichtums-Diskrepanzen in aller Welt.“**

Aufgrund der wachsenden Menschenzahl auf der Erde, mit denen das Bodenangebot nicht mithalten kann, werden diese Diskrepanzen von Tag zu Tag gravierender. Das heißt, die in die Welt Geborenen haben nicht nur immer geringere Chancen Boden zu erwerben, sie müssen die mit der Knappheit zunehmenden Bodenwertsteigerungen auch noch mit einem ständig höheren Anteil ihrer Arbeitsleistung bedienen.

### Was sind die Konsequenzen, worin liegt die Lösung?

So wie ein Haus- und Grundbesitzer heute Anspruch auf Entschädigung hat, wenn durch öffentliche Maßnahmen sein Eigentum an Wert verliert, so könnte diese Regel auch im umgekehrten Falle Geltung haben. Wenn durch öffentliche Maßnahmen der Wert des privaten Eigentums gesteigert wird, sollten diese Wertzugewinne weggesteuert werden.

Beispielsweise sind durch den Bau des neuen Münchener Flughafens und der S-Bahn-Strecke die Bodeneigentümer um ca. 15 Milliarden Euro in den vergangenen Jahrzehnten reicher geworden - ohne eigene Leistung. Dabei ist dieser Zugewinn zum allergrößten Teil auf Investitionen zurückzuführen, die von der Allgemeinheit finanziert worden sind, die jetzt auch noch die höheren Bodenwerte bedienen muss!

Die leistungslosen Einkommen aus dem Bodenbesitz, also die Verzinsung des Bodenwertes wie auch die Pachten, müssten ebenfalls steuerlich abgeschöpft werden.

Bezogen auf den Boden in Städten und Gemeinden, sollte es diesen zukünftig untersagt sein, noch Flächen an Privat zu verkaufen. Stattdessen sind alle öffentlichen Körperschaften anzuhalten, Boden nur noch in Form von Verpachtungen bzw. Baurechten abzugeben, wie das die Kirchen seit Jahrhunderten überwiegend mit ihrem Grundbesitz praktizieren. Darüber hinaus könnten die Gemeinden verpflichtet werden, mit Hilfe dieser Pachteinahmen das ihnen zustehende Vorkaufsrecht häufiger wahr zu nehmen. Das heißt, der Boden könnte nicht nur im Gemeinschaftsbesitz

gehalten, sondern nach und nach auch wieder in ihn zurückgeführt werden. Dabei geht es nicht um eine Verstaatlichung, sondern nur um eine treuhänderische Verwaltung des Bodens, auf den alle Menschen gleichermaßen Anspruch haben. Seine Nutzung soll also weiterhin privat erfolgen, aber Eigentum nur



das sein, was die Menschen darauf selber schaffen, also die Gebäude und die Ergebnisse ihrer Arbeit bei der Bodennutzung.

### Ein Grundeinkommen für alle ist möglich!

Abschöpfungen des Bodenwertes und der Bodenpachten sollten jedoch nicht im Steuertopf verschwinden. Vielmehr sollen sie - wie von der Geld- und Bodenreformbewegung schon seit langem vorgeschlagen - als gleich hohe Pro-Kopf-Beträge wieder an die Bürger zurückfließen. Auf diese einfache Weise würde jeder Bürger den gleichen Anteil am Boden und seinen Schätzen haben, wie das bei Licht und Luft, und eingeschränkt beim Wasser, auch heute noch der Fall ist. Das heißt, jeder Mensch zahlt in dem Umfang, wie er Naturgüter und Bodenschätze gebrauchend oder verbrauchend in Anspruch nimmt. Er erhält aber aus den Einnahmen einen für jeden gleichen Teil als Grundeinkommen zurück. Ein schonender Umgang mit Umweltgütern, würde also belohnt.

Weitere Informationen zum Thema Boden- und Steuerreform sind bei der INWO ([www.INWO.de](http://www.INWO.de)) und beim Seminar für freiheitliche Ordnung ([www.SffO.de](http://www.SffO.de)) erhältlich.



**Helmut Creutz**, Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks "Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft" (2001). Im Jahr 2004 sind "Die 29 Irrtümer rund ums Geld" erschienenen.

Auszug aus "Knöllchen für die Spekulanten!"

# Wer anderen das Geld entzieht ... ... zahlt selber drauf!

Damit alle Menschen ein erfülltes Leben führen können, muss eine funktionierende Währung gewährleisten, dass alle ausreichend mit Geld versorgt sind. Unser heutiges Geld stellt diese Versorgung nicht sicher, nicht bei uns und schon gar nicht weltweit – weil es nicht reibungslos umläuft. Doch das lässt sich ändern.

Die von der INWO vertretene Umlaufsicherungsgebühr wird eingesetzt wie Strafzettel für falsches Parken. Beeinträchtigen Falschparker die Sicherheit im Straßenverkehr oder den Verkehrsfluss, werden sie durch kostspielige Strafzettel zur Unterlassung ihres Verhaltens ermahnt. Im Interesse aller werden jene zur Kasse gebeten, die zum eigenen Vorteil eine Störung der Übrigen in Kauf nehmen. Schmerzlich sind diese "Knöllchen" nur für notorische Verkehrssünder. Im Bereich des Geldes trifft die Gebühr vor allem die Spekulanten und jene, die auf hohe Zinsen warten.

Die Last der Zinsen, die heute von den Arbeitenden zu den Besitzenden fließen (in Deutschland etwa 980 Millionen Euro täglich!), erdrückt die gesamte Wirtschaft und macht gleichzeitig unser Leben immer weniger lebenswert. Die Umlaufgebühr bewirkt dauerhaft niedrige Zinssätze und damit ein verteilungsneutrales Geld, das Voraussetzung für eine soziale und ökologische Gesellschaft ist. Da die Umlaufgebühr das Geldkapital unter Angebotsdruck setzt, wird der Markt immer – auch bei niedrigsten Zinssätzen – ausreichend mit langfristigem Finanzkapital versorgt. Somit garantiert die Umlaufgebühr einen stetigen Geldfluss und ermöglicht daher der Europäischen Zentralbank (EZB), die Bargeldmenge aktiv zu regulieren. Dies ist eine Voraussetzung für eine inflationsfreie Währung.

Ein umlaufgesichertes Geld, das den Menschen und Märkten tatsächlich dient, statt sie zu beherrschen, bietet die Grundlage für viele positive gesellschaftliche Entwicklungen.

## Welche Vorteile ergeben sich aus der vorgeschlagenen Geldreform?

Niedrige bzw. fallende Zinssätze haben positive Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft:

- Sie erhöhen die Kaufkraft der arbeitenden Menschen und/oder
- sie erlauben den Erwerbstätigen kürzere Arbeitszeiten,
- sie bremsen die Vermögenszunahme der Reichen,
- sie verringern die Schuldenlast der öffentlichen Haushalte,
- sie führen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und ermöglichen Vollbeschäftigung,
- sie machen ökologisch sinnvolle Projekte wirtschaftlich,
- sie senken die Baufinanzierungskosten und damit die Wohnkosten.

## Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, um eine stabile und verteilungsneutrale Währung einführen zu können?

Um das Geld den Menschen dienstbar zu machen, braucht es keine revolutionären Veränderungen. Auch braucht niemand zu fürchten, dass er enteignet werden soll. Man muss auch nicht darauf warten, dass alle Menschen gut und einsichtig werden, um die Vorteile einer funktionierenden Geldordnung nutzen zu können. Genau genommen ist lediglich ausreichend öffentlicher Druck nötig, um die Notwendigkeit und den Willen zur Durchsetzung eines verteilungsneutralen Geldes zu dokumentieren.



Das INWO-Faltblatt "Knöllchen für die Spekulanten!" kann mit dem Bestellschein auf Seite 15 angefordert werden. (vier DIN A4-Seiten, Farbdruck; Einzelpreis 1 €)

Auf der politischen Ebene muss durchgesetzt werden, dass die Chancen und Risiken einer gebührengestützten Umlaufsicherung wissenschaftlich geprüft und breit diskutiert werden. Wenn die Kriterien dieses Steuerungsmechanismus ausreichend untersucht und etwaige Risiken abgewogen wurden, werden selbst die Deutsche Bundesbank und die EZB ihren Widerstand gegen eine Geldreform nur schwer aufrechterhalten können.

Klaus Popp aus Düsseldorf ist Geschäftsführer der INWO Deutschland. Er ist außerdem als Referent, Autor und im Bildungsbereich tätig. Sein Buch "Zinswahn" erscheint in zweiter Auflage, vollständig überarbeitet im Sommer 2005.

Name \_\_\_\_\_ Straße & Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl & Ort \_\_\_\_\_ Telefon & E-Mail-Adresse \_\_\_\_\_

Per Fax an: (0 12 12) 5 12 59 71 40 oder per Post an:

**INWO Versand  
Sambach 180**

**96178 Pommersfelden**



- Ich möchte förderndes Mitglied des INWO D e.V. werden!  
Der reguläre Beitrag beträgt monatlich 4 € und beinhaltet das Abo der Zeitschrift "FAIRCONOMY".
- Ich bin Schüler(in) / Student(in) / Auszubildende(r) / erwerbslos und zahle monatlich nur 2 €.
- Ich spende regelmäßig einen zusätzlichen Beitrag von monatlich \_\_\_\_\_ €.
- Ich spende einmalig \_\_\_\_\_ €.  
Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 100 € ausgestellt. Darunter gilt der Kontoauszug als Beleg.
- Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.
  
- Bitte senden Sie mir weiteres kostenloses Infomaterial über die INWO und die komplette Liste ihrer Shopangebote.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren Email-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung \_\_\_\_\_ ggf. Anzahl \_\_\_\_\_

Kosten für Verpackung & Versand: frei ab 50 €, 1.50 € bis 50 €, 1 € bis 5 € Bestellwert

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., den Rechnungsbetrag, bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag\* und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ bei  
der \_\_\_\_\_

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen (\*ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr). Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_



Klaus Popp:

## Zinswahnsinn

Ohne Wachstum zu Wohlstand und Vollbeschäftigung.



Abbildung ähnlich

Das Einsteiger-Buch bietet verblüffende Antworten auf drängende Fragen unserer Zeit. Es basiert auf einer fundierten Analyse der kapitalistischen Widersprüche und der destruktiven Kraft des überschüssigen Kapitals. In "Zinswahnsinn" wird beschrieben, wie Gestaltungsspielräume geschaffen, erweitert und genutzt werden können. Es bietet Ideen und Anregungen, wie eine Gesellschaftsordnung aussieht, wenn der Vernunft zum

Durchbruch verholfen wird und Kapitalinteressen, Monopolmacht und Sachzwänge an Bedeutung verlieren.

Selbstverlag 2005, 150 Seiten (10 Grafiken)

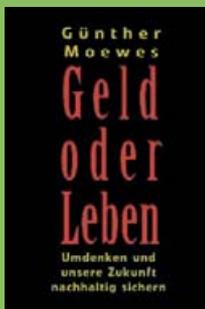
2., komplett überarbeitete und ergänzte Auflage

9.90 Euro, lieferbar ab Juli 2005

Günther Möwes:

## Geld oder Leben

Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern.



Obwohl es den westlichen Industrieländern noch nie so gut ging wie heute, herrscht Pessimismus vor. Was eine Wende bringen kann und was der Autor ausführlich und überzeugend darstellt, sind nicht Reformen hier und da, sondern ein Umdenken und ein konsequenter Paradigmenwechsel im Gesamtsystem.

Signum Verlag 2004, 318 Seiten, 22.90 Euro

Bernd Striegel:

## Über das Geld

Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens.



Abbildung ähnlich

"Geld regiert die Welt" - diese allgemein verbreitete Formel suggeriert ein Wissen über den Gegenstand der Aussage, das wohl über den Gegenstand der Aussage, das wohl bei kaum einem der vielen Menschen wirklich vorhanden ist, die sie immer wieder gebrauchen. Scharfe Kritik am herrschenden Umgang mit dem Geld wird hier kontrastiert mit Vorschlägen für eine neue Wirtschaftsordnung, die sich nicht mehr als Krisenzusammenhang darstellen müsste.

Bernd Striegel, Jahrgang 1969, Dr. rer.nat., Polymerchemiker, lebt in Mainz. Seit 1997 intensive Beschäftigung mit Wirtschaftsfragen und Geldtheorie.

Gauke Verlag 2005, 597 Seiten, 38 Euro

Audio-CD:

## Der Fluss des Geldes



Ein Feature nach einer Idee von Falk Fischer mit Beiträgen von Peter Kafka, Prof. Dr. Dieter Suhr, Prof. Dr. Margrit Kennedy, Helmut Creutz, Prof. Dr. Wolfgang Gebauer und Dieter Heinemann.

INWO, 2. Auflage, 2005

Laufzeit: 32 Minuten

5 Euro (ab 10 St. nur je 2.50 Euro)

Helmut Creutz:

## Die 29 Irrtümer rund ums Geld



Wir werden in Sachen Geld leider als Analphabeten aus der Schule entlassen. Und selbst im "richtigen Leben" ist das Thema Geld für viele ein blinder Fleck. Aber was ist das eigentlich, dieses "Geld"?

Unser allgemeines Wissen über Geld ist immer noch mit grundsätzlichen Fehlvorstellungen, Vorurteilen und Irrtümern behaftet, von denen die wichtigsten in diesem Buch behandelt werden.

Wer versteht schon die Strukturen unseres Geldsystems und deren unüberschaubare

Auswirkungen auf den sozialen und ökologischen Bereich, auf die Arbeitslosigkeit, den Wachstumszwang und die leeren öffentlichen Kassen? In diesem Buch sind die wichtigsten Antworten pointiert und verständlich zusammengefasst.

Signum Verlag 2004, 303 Seiten, 22.90 Euro

Helmut Creutz:

## Das Geldsyndrom

Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft.



Das Standardwerk von Helmut Creutz in der erweiterten Taschenbuchauflage. Spannend aufgearbeitete Fakten zum Zustand unserer Gesellschaft und über die monetären Ursachen wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Fehlentwicklungen. Mit Statistiken der Deutschen Bundesbank und des Statistischen Bundesamtes.

Helmut Creutz beleuchtet mit dem Geldsyndrom den Teil des Geschehens, der von Ökonomen und Politikern gerne übergangen wird.

Druck & Verlagshaus Mainz/Wissenschaftsverlag Aachen 2003, 628 Seiten, 16.80 Euro

weitere Angebote finden Sie unter [www.INWO.de/Shop](http://www.INWO.de/Shop)